

Große Kreisstadt Backnang

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse

des Gemeinderates

vom 13.07.2023

Sitzung: Öffentlich

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 20:01 Uhr

Zahl der Mitglieder des Gemeinderats: 26

Anwesend: Oberbürgermeister Friedrich als Vorsitzender
Erster Bürgermeister Setzer

und 25 Gemeinderatsmitglieder

Anwesend:

StR Bauer

StR Degler

StR Demir

StR Dobler

StR Dyken

StR´in Eusebi

StR Franke

StR Gül

StR Härtner

StR Häußler

StR Hettich

StR Dr. Ketterer

StR´in Kirschbaum (bis § 59)

StR´in Klinghoffer

StR´in Konrad

StR´in Kutteroff

StR Lachenmaier

StR´in Lohrmann

StR Malcher

StR´in Ribbeck

StR Scheib

StR Dr. Schweizer

StR´in Sturm

StR´in Täpsi-Kleinpeter (ab § 59)

StR´in Dr. Ulfert

Abwesend:

StR Rupp

Außerdem anwesend:

Verwaltungsdezernent Mäule

Soz. und Kulturdez.´in Wüllenweber

Herr Thomaier

Herr Zipf

Frau Blumer

Herr Ellrott

Herr Kleibner

Herr Großmann

Herr Kaltenleitner

Herr Gauger

Herr Nathan

Frau Langer

Frau Groß

Außerdem anwesend:

Herr Erhardt (Polizei Backnang - § 59)

Zur Beurkundung

**Oberbürgermeister
Friedrich:**

Für den Gemeinderat:

Schriftführer:

Tagesordnung

- § 59 Sicherheits- und Verkehrsunfalllage im Jahr 2022 in der Großen Kreisstadt Backnang
- § 60 2. Änderung der Satzung über die Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit
- § 61 Erhöhung der Zuschüsse für das neue Tageselternhaus ab 01.01.2024
- § 62 Bekanntgabe des vorläufigen Jahresergebnisses 2022 und Ermächtigungsüberträge aus dem Jahr 2022
- § 63 Anfragen

Große Kreisstadt Backnang

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des Gemeinderates am 13. Juli 2023 -Öffentlich-	Anwesend: Oberbürgermeister Friedrich Erster Bürgermeister Setzer als Vorsitzender und 24 Stadträte; Normalzahl 26
--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

§ 59

Sicherheits- und Verkehrsunfalllage im Jahr 2022 in der Großen Kreisstadt Backnang

Der Vorsitzende führt in den Sachverhalt ein.

Herr Erhardt, Leiter des Polizeireviers Backnang stellt den Sachverhalt anhand der Sitzungsvorlage und einer Präsentation (siehe Anlage) vor:

Der Leiter des Polizeireviers Backnang, Herr Polizeioberrat Dennis Ehrhardt, wird die periodische Sicherheitsanalyse in der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates vortragen.

Stadträtin Dr. Ulfert und Stadträtin Sturm treten während der Ausführungen ein.

Verwaltungsdezernent Mäule bedankt sich bei Revierleiter Herr Erhardt. Er bittet darum, weiter so gut zu arbeiten. Man wünsche sich vom Land, dass der Personalschlüssel aufgestockt werde.

Frau Blumer berichtet über durchgeführte Geschwindigkeitsmessungen anhand einer Präsentation (siehe Anlage). Man werde entsprechend weitere Messungen durchführen. Ebenfalls den Security-Dienst werde man an personenintensiven Plätzen weiter erhöhen. Dies geschehe parallel zum Städtischen Vollzugsdienst. Man sei in einem engen Austausch mit der Polizei. Ebenfalls möchte man präventiv tätig sein.

Stadtrat Härtner bedankt sich für die Informationen. Erfreulich sei, dass am Straßenfest so wenig passiert sei. Er möchte wissen, ob die Daten ebenfalls durch eine bessere Erfassung angestiegen seien. Im Bereich Diebstahl möchte er wissen, ob es sich um Bagatell-Diebstähle handle oder um größere Vergehen. Zum Bereich der Bandenkriminalität erkundigt er sich, ob es hierzu etwas Bekanntes im Stadtbereich von Backnang gebe. Er möchte wissen, ob eine Reduzierung des Verkehrs im Bereich der Marktstraße die Unfälle reduzieren könne.

Stadtrat Dyken erkundigt sich, wie viele Delikte im Bereich Rauschgift eher kleinere Delikte seien.

Stadträtin Dr. Ulfert hinterfragt, warum im Bereich der Jugendlichen ein so großer Anstieg zu verzeichnen sei und ob es bereits Maßnahmen dagegen gäbe. Sie erkundigt sich zur Personalsituation bei der Polizei und möchte wissen, ob der Gemeinderat etwas zu möglichen Verbesserungen beitragen könne. Bei Abstandsdelikten im Verkehrsbereich möchte sie wissen, was sich dahinter verberge.

Herr Erhardt erläutert, dass die Kriterien der Strafdatenerfassung in den vergangenen Jahren bereits identisch gewesen seien, weshalb eine bessere Erfassung nicht vorhanden sei. Im Bereich der Ladendiebstähle berichtet er, dass es sich alles um Mittelwerte handle. Er erläutert den Begriff der Bandenkriminalität und merkt an, dass er hierzu wenig berichten könne, da dies in den Zuständigkeitsbereich der Kriminalpolizei falle. Zur Geschwindigkeitsreduzierung teilt er mit, dass man dies pauschal nicht sagen könne. Man müsse sich im Detail die Entwicklungen in den Ortschaften anschauen. Zur Rauschgiftkriminalität berichtet er, dass es sich bei 90 von 160 Delikten um Cannabis handle. Weiter erklärt er, dass im Bereich der Jugendkriminalität eine Zunahme bei Diebstahlsdelikten erkennbar sei. Präventiv gehe man an Schulen und versuche das Gespräch mit den Jugendlichen zu finden. Auch repressiv habe man Jugendsachbearbeiter. Zur Personalsituation berichtet er, dass man sich über jeden neuen Beamten freue, welchen man zusätzlich im Revier dazu erhalte. Die Polizeidirektion habe ein besonderes Auge darauf, dass eine faire Verteilung der Beamten auf alle Reviere stattfinde. Brennpunkte im Stadtbereich gebe es nicht. Im Bereich der baulichen Möglichkeiten wäre es lobenswert, wenn die Helligkeit im Bereich von Kriminalitätsslagen erhöht werde. Man sei hierzu bereits im Austausch mit der Stadtverwaltung. Zu den Abstandsdelikten berichtet er, dass dies auf eine polizeiinterne Erfassung zurückzuführen sei. Früher sei dies unter „Sonstige Unfälle“ zusammengefasst worden.

Stadträtin Täpsi-Kleinpeter tritt während der Ausführungen ein.

Stadtrat Dr. Ketterer erkundigt sich, ob bei den Wohnungseinbrüchen ebenfalls misslungene Einbrüche inkludiert seien. Er wünsche sich, dass die Polizei ebenfalls im Bereich Verkehr eine größere Präsenz zeige. Er erkundigt sich, ob die Polizei bestimmte Drogenkarrieren im Stadtgebiet beobachte und wie die Polizei zur Freigabe von Drogen stehe.

Stadtrat Hettich erläutert, dass viele Händler Einbrüche nicht zur Anzeige bringen, da der Aufwand sehr hoch sei und eine Anzeige häufig zurückgewiesen werde. Hieran müsse man arbeiten.

Stadtrat Franke möchte wissen, ob die steigenden Zahlen ein gesamtgesellschaftliches

Problem darstellen. Er möchte wissen, ob dies etwas mit der sogenannten „Ellenbogen-Gesellschaft“ zu tun habe. Der Anstieg bei der Kinder- und Jugendkriminalität sei alarmierend. Er erkundigt sich, ob ebenfalls im Bereich der Jugendhilfe etwas getan werde. Er möchte wissen, um wie viele Personen das Team von Herrn Erhardt in den vergangenen Jahren angestiegen sei. Im Bereich der Fahrräder und Pedelecs müsse man mehr unternehmen. Er möchte weiter wissen, wo die Notwendigkeit bestehe, den Verkehr mehr zu kontrollieren.

Herr Erhardt berichtet, dass die Versuche bei Wohnungseinbrüchen ebenfalls inkludiert seien. Er erläutert, dass eine höhere Präsenz der Polizei gut wäre, jedoch müsse auch die Polizei Prioritäten setzen. An wichtigen Stellen in der Stadt werden Kontrollen durchgeführt, damit der Verkehr sicher sei. Zum Thema Drogenkarrieren berichtet er, dass durchaus auch Drogenkarrieren zu verzeichnen wären, es jedoch auch häufig Personen gebe, welche über einen längeren Zeitraum bereits Cannabis oder ähnliche Drogen nehmen. Zur Freigabe von Drogen merkt er an, dass sich dies um eine politische Entscheidung handle. Als Exekutive sei dies dann die Maßgabe, wie man handeln müsse. Zu Diebstahldelikten bestätigt er, dass es dort ein großes Dunkelfeld gebe. Er berichtet auch weiter, dass die Anzeigestatistik in diesem Bereich ansteige. Häufig habe der Geschädigte keine andere Wahl, da er das Aktenzeichen für die Versicherung benötige. Man werde nicht alle Probleme durch die Polizei lösen können. Auch die Jugendhilfe sei wichtig und die Institutionen müssen ineinandergreifen. In seinem Team haben in den vergangenen Jahren bereits Personalsteigerungen stattgefunden. Die Schwankungen seien überschaubar. Im Bereich der Fahrräder und Pedelecs könne einiges getan werden; alleine das Tragen eines Helms sei sinnvoll.

Frau Blumer ergänzt, dass die von Stadtrat Franke genannten Verkehrsstellen regelmäßig kontrolliert werden. Sie erläutert die verschiedenen Messmethoden und die Erfolgsquoten der Geräte.

Stadtrat Scheib erkundigt sich nach der Dunkelziffer-Statistik und deren Entwicklung. Er möchte wissen, ob man Straftaten auch über das Internet anzeigen könne sowie, ob die Polizisten im Revier Backnang Bodycams trage, ob dies geplant sei und wie dies in Baden-Württemberg gesetzlich aussehe. Es bestehe bei den Personen unter 21 Jahren ein deutlicher Handlungsbedarf.

Stadträtin Kutteroff merkt an, dass ihr die Senkung der Kinder- und Jugendkriminalität ein wichtiges Anliegen sei. Man habe hier ebenfalls von Seiten der Stadt viele Projekte ins Leben gerufen. Sie möchte wissen, was an der Schnittstelle von Polizei und Stadt noch getan werden könne. Außerdem möchte sie wissen, ob es hierzu Arbeitskreise oder einen entsprechenden Austausch gebe. Man dürfe Jugendliche und junge Erwachsene nicht aus dem Blick verlieren.

Stadtrat Malcher merkt an, dass ihn die Ausschreitungen im Plattenwald sehr beschäftigen. Er möchte wissen, wie schnell Einsatzkräfte bei derartigen Ausschreitungen hinzugezogen werden können und aus welchem Umkreis diese kommen. Außerdem möchte er wissen, wo in Backnang die Sexualstraftaten geschehen seien. Weiter erkundigt er sich, ob die Straftaten weniger werden, weil diese nicht angezeigt werden. Zu den Unfällen mit Fahrrädern in der Grabenstraße möchte er wissen, wie diese verhindert werden hätten können. Er merkt zudem an, dass neben der Geschwindigkeit auch die Lautstärke der Fahrzeuge kontrolliert werden müsse.

Herr Erhardt berichtet, dass es Schätzungen zum Dunkelfeld gebe, allerdings nicht von der Polizei selbst. Die Polizei beschäftige sich mit dem Hellfeld und versuche das Dunkelfeld aufzuhellen. Er erläutert, dass es verschiedene Möglichkeiten für eine Anzeige gebe: Man könne vor Ort um polizeiliche Aufnahmen bitten, das Revier besuchen oder auch die Online-Wache sei eine Option. Er bestätigt, dass auch das Polizeirevier Backnang mit Bodycams arbeite. Dies habe teilweise eine präventive Wirkung.

Frau Blumer berichtet, dass Bodycams einsatzbezogen eingesetzt werde. Der städtische Vollzugsdienst habe ein anderes Aufgabenfeld. Dort gebe es sowohl die Möglichkeit als auch die Notwendigkeit nicht, da sowieso die Polizei hinzugezogen werde.

Herr Erhardt erläutert, dass Programme gegen Kinder- und Jugendkriminalität wieder stattfinden. Im Bedarfsfall gebe es außerdem die Möglichkeit Termine mit den Schulen zusammenzurufen. Hier seien ebenfalls Lehrer und Sozialarbeiter anwesend. Man müsse sich ebenfalls vor Ort zeigen und für junge Heranwachsende ansprechbar sein.

Sozial- und Kulturdezernentin Wüllenweber berichtet, dass der Kinder- und Jugendbereich auch weiterhin im Blick behalten werde. Sie berichtet von den verschiedenen Maßnahmen und Kooperationen.

Herr Erhardt berichtet, dass derartige Vorfälle, wie der im Plattenwald, aufgearbeitet werden und dass so etwas nicht nochmals vorkommen dürfe. Er erläutert, dass das Revier die normale Arbeit mit dem eigenen Personal bewältigen könne. Für größere Fälle gebe es die umliegenden Reviere. Im Bedarfsfall sei es sehr schnell möglich diese heranzuziehen. In Freibädern sind die Statistiken leider noch nicht auf dem aktuellen Stand. Er erläutert die Zahlen für den Rems-Murr-Kreis sowie die Sexualstraftaten. Er merkt an, dass die Anzeigebereitschaft eher gestiegen sei. Die Statistiken zeigen ebenfalls, dass bei Fahrrad-Unfällen meist die Rad- und Pedelec-Fahrer schuld gewesen seien. Man versuche präsent aufzutreten. Zum Thema Lärm bei Fahrzeugen merkt er an, dass die Fahrzeuge häufig so gut

ausgestattet seien und diese Lautstärken meist auch genehmigt seien.

Stadträtin Kirschbaum tritt während der Ausführungen ab.

Stadträtin Ribbeck merkt an, dass der Verkehr immer mehr zunehme. Eltern wollen daher ihre Kinder nicht mehr alleine raus lassen. Sie möchte wissen, in wie weit auch aus Kindergröße die Verkehrswege betrachtet werden.

Stadträtin Lohrmann erkundigt sich, wie sicher man sich in Backnang fühlen könne. Sie möchte wissen, wie begründet die Angst der Bürger sei und was man dagegen unternehmen könne. Sie spricht sich für Präventivveranstaltungen für ältere Bürger aus.

Stadtrat Bauer möchte wissen, wer für die Kontrolle von Fahrräder zuständig sei.

Herr Erhardt berichtet, dass im Bereich Schule häufig das Thema Sicherheit dargelegt werde.

Frau Blumer erläutert, dass die Sicherheit für Kinder ein wichtiges Thema sei. Jährlich werden die Schulwege speziell überprüft. Dies unternehme man präventiv.

Herr Erhardt berichtet, dass aus Sicht des Reviers die Stadt sicher sei. Es gebe keine speziellen Brennpunkte in Backnang. Das Sicherheitsgefühl unterscheide sich jedoch häufig von der objektiven Lage vor Ort. Die Präsenz von Polizei und Vollzugsdienst vor Ort steigere das Sicherheitsgefühl. Auch eine entsprechende Ausleuchtung sei wichtig. Man könne Maßnahmen treffen, wenn es Störungen gebe. Ohne Grund könne man Gruppen allerdings nicht vertreiben.

Frau Blumer ergänzt, dass in der Innenstadt proaktiv ein Sicherheitsdienst eingesetzt werde.

Herr Erhardt bestätigt, dass Präventionsveranstaltungen sehr sinnvoll seien. Dies gelte für alle Personen- und Altersgruppen. Er ergänzt, dass die Polizei für den fließenden Verkehr zuständig sei, was ebenfalls für Fahrradfahrer gelte.

Stadtrat Malcher möchte wissen, wie sinnvoll ein freiwilliger Polizeidienst angesehen werde.

Herr Erhardt antwortet, dass dies immer wieder diskutiert werde. Damit könne jedoch nicht alles abgedeckt werden. Es komme auf spezielle Situationen an. Es gebe Einsatzmöglichkeiten, wo dies denkbar sei, jedoch benötigt man für spezielle Situationen einen ausgebildeten Polizisten. Man müsse dies immer individuell beurteilen.

Die Sicherheits- und Verkehrsunfalllage im Jahr 2022 wird zur Kenntnis gegeben (siehe Anlage).

Große Kreisstadt Backnang

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des Gemeinderates am 13. Juli 2023 -Öffentlich-	Anwesend: Oberbürgermeister Friedrich Erster Bürgermeister Setzer als Vorsitzender und 24 Stadträte; Normalzahl 26
--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

§ 60

2. Änderung der Satzung über die Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit

Verwaltungsdezernent Mäule stellt den Sachverhalt anhand der Sitzungsvorlage vor:

Die Satzung über die Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit regelt die Höhe der Entschädigungssätze für ehrenamtliche Tätigkeit.

Ehrenamtlich Tätige erhalten als Ersatz ihrer Auslagen und ihres Verdienstausfalles eine Entschädigung nach Durchschnittssätzen. Diese wurde zuletzt durch Beschluss des Gemeinderats vom 26. September 2013 mit Wirkung zum 1. Januar 2014 erhöht.

Die Entschädigungssätze für die ehrenamtliche Tätigkeit der Stadträte, Fraktionsvorsitzenden und ehrenamtlichen Stellvertreter des Oberbürgermeisters wurden letztmals durch Beschluss des Gemeinderats vom 27. September 2018 mit Wirkung zum 1. Januar 2019 erhöht.

Es ist deshalb eine Anpassung an die zwischenzeitlich gestiegenen Löhne und Gehälter sowie die allgemeinen Lebenshaltungskosten dringend geboten.

Bei einer Anpassung an die zwischenzeitlichen Entgelterhöhungen im öffentlichen Dienst ist eine Erhöhung um 12 % angebracht, aufgerundet auf ganze Eurobeträge.

Stadtrat Degler merkt an, dass es in Zeiten der Inflation nicht notwendig sei, als Ehrenamtliche noch mehr Geld zu empfangen. Man werde dagegen stimmen.

Der Vorsitzende teilt mit, dass dies als Anerkennung für den ehrenamtlichen Dienst gesehen werde.

Stadtrat Dyken merkt an, dass es aktuell das falsche Signal sei. Dies habe bestimmt auch in der Öffentlichkeit keine große Akzeptanz.

Der Gemeinderat

beschließt

mehrheitlich bei 3 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen entsprechend der Empfehlung der gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Technik und Umwelt und des Verwaltungs- und Finanzausschusses vom 6.7.2023:

Folgende Änderung der Satzung über die Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit gemäß beiliegendem Entwurf zu beschließen. Die Satzungsänderung tritt am 1. Januar 2024 in Kraft.

Große Kreisstadt Backnang

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des Gemeinderates am 13. Juli 2023 -Öffentlich-	Anwesend: Oberbürgermeister Friedrich Erster Bürgermeister Setzer als Vorsitzender und 24 Stadträte; Normalzahl 26
--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

§ 61

Erhöhung der Zuschüsse für das neue Tageselternhaus ab 01.01.2024

Der Vorsitzende teilt mit, dass der Sachverhalt bereits Jugend- und Sozialausschuss am 27.6.2023 beraten wurde. Mal wolle daher auf einen Sachvortrag verzichten. Er verweist auf die Sitzungsvorlage:

Die Kindertagespflege stellt seit Jahren eine wichtige Säule im Bereich der Kindertagesbetreuung dar. Diese setzt sich aus der Betreuung durch Tagesmütter im Privathaushalt (Tageselternvermittlung) und der Betreuung von Kindern durch Tagesmütter im Tageselternhaus selbst (sog. TigR-Gruppen) zusammen.

Insbesondere beim Ausbau der Betreuungsangebote von Kindern unter drei Jahren kommt der Kindertagespflege eine große Bedeutung in Baden-Württemberg zu, der sich auch in der Stadt Backnang deutlich bemerkbar macht.

Im Rahmen der Vorstellung der Kita-Bedarfsplanung 2019/2020 wurde daher mit Gemeinderatsbeschluss vom 6. Dezember 2018 die Verwaltung beauftragt, bei Bedarf das Angebot in der Tagespflege zu erweitern.

Zum damaligen Zeitpunkt wurden zum Stichtag 1. Juli 2018 in der Tageselternvermittlung 45 Kinder unter drei Jahren und 22 Kinder über drei Jahren betreut. Im Tageselternhaus betreuten die Tagesmütter in zwei TigR-Gruppen jeweils sieben Kinder über und unter drei Jahren.

Es wurde festgestellt, dass der Bedarf insbesondere bei den unter Dreijährigen das Angebot übersteigt und eine Aufstockung der TigR-Gruppen von zwei auf vier Gruppen sinnvoll ist.

In 2022 wurden alleine im U3-Bereich 96 Kinder in der Tagespflege betreut. Aktuell stehen dort bis zu 15 Kinder auf der Warteliste für die zeitnah kein Platz angeboten werden kann.

Eine Ausweitung des Angebotes vor Ort war räumlich nicht möglich. Es musste sogar mittlerweile

aus Eigenbedarfsgründen auf eine Gruppe für Kinder unter drei Jahren reduziert werden. Die Gruppe für über Dreijährige ist somit derzeit nicht im Betrieb. Das vollständige Angebot der Tagespflege einschließlich der Erweiterung um mittlerweile wieder drei Gruppen auf insgesamt vier TigeR-Gruppen soll daher zum 1. Januar 2024 in dem gegenwärtig im Bau befindlichen Gebäude Mühlstraße 11 in Backnang dargestellt werden. Aufgrund des derzeitigen Bedarfs wird angestrebt, im neuen Gebäude die vier TigeR- Gruppen dann für U3- Kinder anzubieten. Dadurch werden insgesamt 21 neue Plätze für Kinder unter drei Jahren geschaffen.

Die Zustimmung des Aufsichtsrates der Städtischen Wohnbau zu diesem Projekt erfolgte im Sommer 2020.

Zusammengefasst sprechen für das Tageselternhaus in der Mühlstraße 11 folgende Punkte:

- Zentrales flexibles und gut erreichbares Angebot für die Familien in Backnang
- Fußläufig zu erreichendes Angebot für die Familien im Bezirk
- Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- Ausbildungsmöglichkeiten und Berufsmöglichkeiten für die Bewohner
- Aufwertung des Bezirks

Zu 1.) Der Verein Kinder- und Jugendhilfe Backnang e.V. erhält jährlich einen Zuschuss in Höhe von 55.000 Euro zuzüglich Mietzuschuss (12.000 Euro) für den Betrieb des bisherigen Tageselternhauses mit zwei TigeR-Gruppen mit bis zu 14 Kindern.

Für das neue Tageselternhaus verdoppelt sich die Zahl der TigeR-Gruppen, so dass insgesamt vier Betreuungsgruppen für Kinder unter drei Jahren mit insgesamt 28 Plätzen entstehen. Der Verein beantragt daher die Aufstockung des bisherigen Zuschusses von 55.000 Euro auf 110.000 Euro.

Zu 2.) Der Verein Kinder- und Jugendhilfe Backnang e.V. mietet die insgesamt vorhandenen sechs Einheiten in dem Gebäude Mühlstraße 11 voraussichtlich ab dem 1. Januar 2024 von der Städtischen Wohnbau Backnang GmbH an. Die Einheiten 1-4 im EG mit 148,45 qm und OG mit 168,92 qm, sowie die Büro-Einheit 6 im DG mit 73,02 qm werden für die Betreuung der vier TigeR-Gruppen sowie als Büro für das Tageselternhaus und der damit verbundenen Aufgaben genutzt. Für diese fünf Räumlichkeiten erhält der Verein einen 100%igen Kaltmietkostenzuschuss. Nach Mitteilung der Städtischen Wohnbau Backnang GmbH beträgt die Kaltmiete zum derzeitigen Baukostenstand 18,50 Euro/qm, also 86.676 Euro/Jahr insgesamt.

Die Kaltmiete für die Einheiten des Tageselternhauses kann noch variieren, da das

Tageselternhaus noch nicht fertiggestellt und abgerechnet ist.

Die Kaltmiete für den Holzhybridneubau in KFW 55 Standard ist aufgrund der gestiegenen Bau- und Finanzierungskosten und den besonderen Brandschutzauflagen marktüblich. Das neue Tageselternhaus profitiert zudem durch die Aufwertung des nahen gelegenen Kinderspielplatzes. Insgesamt kann damit eine zeitgemäße Kinderbetreuung in einem Gebäude aus nachhaltigen Baustoffen angeboten werden.

Der bisherige Mietzuschuss in Höhe von 12.000 Euro beruhte auf einer Einigung zwischen der Stadt Backnang und dem Verein für Kinder- und Jugendhilfe Backnang e.V. aus dem Jahr 2014, wodurch die Fläche auf 100 qm begrenzt und ein Quadratmeterpreis von 12 Euro angesetzt wurde.

Neues TEH in der Mühlstr. 11

Mietkosten (kalt) ab 1. Januar 2024

Räumlichkeit	qm-Kaltmiete in Euro	Fläche in qm	Kaltmiete/Monat in Euro	Kaltmiete/Jahr in Euro
Gruppe 1 EG (TEH; Betreuung, 100% Mietkostenzuschuss Stadt)	18,50	76,03	1.407,00	16.884,00
Gruppe 2 EG (TEH, Betreuung, 100% Mietkostenzuschuss Stadt)	18,50	72,42	1.340,00	16.080,00
Gruppe 3 OG (TEH, Betreuung, 100% Mietkostenzuschuss Stadt)	18,50	96,43	1.784,00	21.408,00
Gruppe 4 OG (TEH, Betreuung, 100% Mietkostenzuschuss Stadt)	18,50	72,49	1.341,00	16.092,00
Gruppe 6 DG (TEH Büro, 100% Mietkostenzuschuss Stadt)	18,50	73,02	1.351,00	16.212,00
Gesamt-Mietkostenzuschuss Stadt		390,39	7.223,00	86.676,00

Der Gemeinderat

beschließt

einstimmig entsprechend der Empfehlung des Jugend- und Sozialausschusses vom 27.6.2023:

1. Der Zuschuss für das neu errichtete Tageselternhaus, betrieben durch den Verein Kinder- und Jugendhilfe Backnang e.V., wird von derzeit 55.000 Euro auf 110.000 Euro erhöht.

2. Der Mietkostenzuschuss wird von 12.000 Euro auf 86.676 Euro erhöht (vorbehaltlich Änderungen nach Vorlage sämtlicher Baukosten).

Große Kreisstadt Backnang

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des Gemeinderates am 13. Juli 2023 -Öffentlich-	Anwesend: Oberbürgermeister Friedrich Erster Bürgermeister Setzer als Vorsitzender und 24 Stadträte; Normalzahl 26
--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

§ 62

Bekanntgabe des vorläufigen Jahresergebnisses 2022 und Ermächtigungsüberträge aus dem Jahr 2022

Herr Zipf stellt den Sachverhalt anhand der Sitzungsvorlage vor:

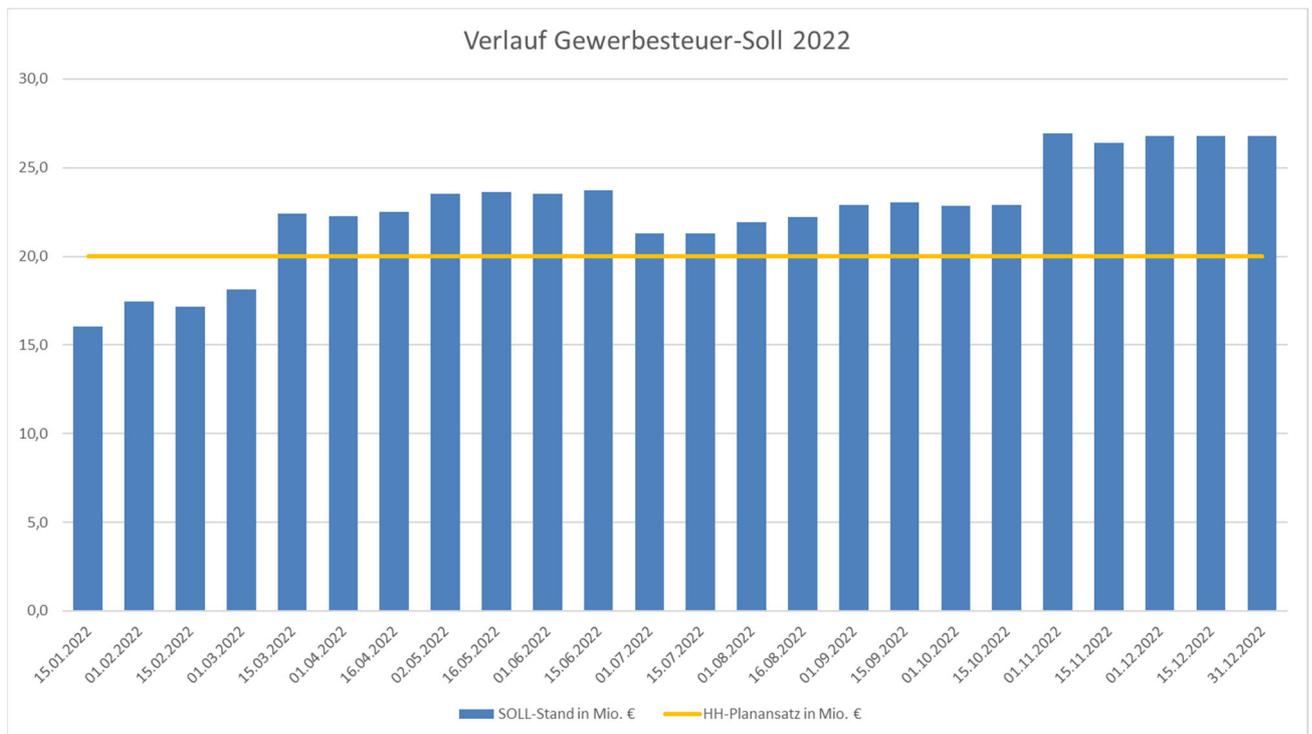
1. Eckdaten der Jahresrechnung 2022

1.1. Entwicklung der Gewerbesteuer

Das Gewerbesteueraufkommen 2022 entwickelte sich trotz schwieriger Rahmenbedingungen besser als bei der Haushaltsplanung angenommen. Das Jahr schließt mit Mehreinzahlungen von über 5,7 Mio. € ab.

Die Entwicklung startete zunächst verhalten bei 16 Mio. €, überstieg aber bereits ab März stabil den Haushaltsansatz von 20 Mio. €. Zum 31.12.2022 schloss das Jahr mit einem Finanzergebnis von etwa 25.750.000 € ab und lag damit 5,75 Mio. € über dem Planansatz.

Die Grafik zeigt den Verlauf des Gewerbesteueraufkommens 2022.



1.2. Zahlungsmittelüberschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit

Der Zahlungsmittelüberschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit 2022 beläuft sich auf rund 17.393.000 €. Im Haushaltsplan war ein Zahlungsmittelüberschuss von 3.077.960 € veranschlagt. Die Verbesserung im laufenden Finanzhaushalt liegt damit bei rund 14.315.000 € und ist insbesondere auf folgende Positionen zurückzuführen:

Mehreinzahlungen (Verbesserung):

Gewerbesteuer (brutto)	5.750.000 €
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	650.000 €
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	201.000 €
Schlüsselzuweisungen nach mangelnder Steuerkraft	3.645.000 €
Kommunale Investitionspauschale	1.007.000 €
Erstattungen vom Land (Corona)	<u>742.000 €</u>
Summe Mehreinzahlungen	<u>11.995.000 €</u>

Minderauszahlungen (Verbesserung):

Personalauszahlungen	1.993.000 €
----------------------	-------------

Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	<u>1.827.000 €</u>
Summe Minderauszahlungen	<u>3.820.000 €</u>
Mehrauszahlungen (Verschlechterung):	
Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen	696.000 €
Besondere Verwaltungs- und Betriebsauszahlungen (Corona)	<u>717.000 €</u>
Summe Mehrauszahlungen	<u>1.413.000 €</u>

a. Entwicklung der Verschuldung

Im Haushalt 2022 war eine Kreditaufnahme in Höhe von 9,5 Mio. € zur Finanzierung der Investitionen geplant. Eine Kreditaufnahme musste jedoch aufgrund von Verbesserungen im laufenden Finanzhaushalt sowie verzögerten Mittelabflüssen bei Baumaßnahmen nicht getätigt werden.

Der **Schuldenstand** hat sich wie folgt **verringert**:

Schuldenstand auf 01.01.2022	3.042.742 €
Ordentliche Tilgungsleistungen 2022	<u>-333.043 €</u>
Schuldenstand auf 31.12.2022	<u>2.709.699 €</u>

Damit ergibt sich folgende **Pro-Kopf-Verschuldung**:

01.01.2022	81 €
31.12.2022	72 €

b. Liquidität

Der Zahlungsmittelbestand erhöhte sich um rund 840.000 € von 22.629.000 € auf 23.469.000 €. Unter Berücksichtigung der Einheitskasse mit der SEB sowie vergebener Kassenkredite veränderte sich der städtische Finanzierungsmittelbestand von 23.454.000 € um rund 0,835 Mio. € auf 24.289.800 €. Diese Finanzierungsmittel stehen grundsätzlich zur Finanzierung städtischer Vorhaben zur Verfügung. Die Finanzierung der Ermächtigungsüberträge ist damit nach dem vorläufigen Rechnungsergebnis 2022 sichergestellt.

2. Ermächtigungsüberträge

a. Vorbemerkungen

Der städtische Haushalt basiert auf dem Grundsatz der Jährlichkeit, d.h. die Haushaltsansätze gelten für das entsprechende Haushaltsjahr. Ermächtigungsüberträge (früher kameral: „Haushaltsreste“) ermöglichen, nicht ausgeschöpfte Haushaltsmittel nach Ende des Haushaltsjahres weiter zu bewirtschaften, Verpflichtungen einzugehen und Zahlungen zu leisten. Dies soll einen wirtschaftlichen Haushaltsvollzug fördern.

Ermächtigungsüberträge sind gemäß §§18, 21 GemHVO nur möglich, wenn das geplante Gesamtergebnis des Haushalts nicht gefährdet ist.

Das Gesamtergebnis des Jahres 2023 ist durch die Ermächtigungsüberträge nicht gefährdet.

Es wird vorgeschlagen, die im Jahr 2022 gebildeten Ermächtigungsüberträge entsprechend der Auflistung in den Anlagen 1 und 2 in das Jahr 2023 zu übertragen.

b. Finanzhaushalt 2022

Die im Finanzhaushalt noch nicht ausgeschöpften Auszahlungen sollen zur Fortsetzung von Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen eingesetzt werden. Die aufgeführten Vorhaben sind meist bereits vergeben, nicht beendet respektive noch nicht abgerechnet.

Wenn investive Einzahlungen im Haushaltsjahr nicht mehr bei der Stadt eingehen und deren Eingang in Folgejahren als gesichert gilt (z.B. zugesicherte Zuschüsse), dann können diese noch offenen Einzahlungen in das Folgejahr übertragen werden.

In Summe sollen im Finanzhaushalt Auszahlungen in Höhe von 23.628.018,02 € (Vorjahr 18.599.977,98 €) sowie Einzahlungen in Höhe von 9.566.505 € (Vorjahr 5.615.567,24 €) übertragen werden.

Die größten Übertragungsposten sind dabei:

Produkt	Bezeichnung Produkt	Konto	Maßn.	Bezeichnung	Übertragung Einzahlungen	Übertragung Auszahlungen
12600100	Freiwillige Feuerwehr	78710010	170	Bau Feuerwehrgerätehaus Süd FFW Südliche Stadtteile		910.796,98 €
42410105	Karl-Euerle-Sporthalle	68100000	011	Investitionszuweisungen vom Bund Abbruch und Neubau	600.000,00 €	
42410105	Karl-Euerle-Sporthalle	68110000	011	Investitionszuweisungen vom Land Abbruch und Neubau	110.000,00 €	
42410105	Karl-Euerle-Sporthalle	78710010	011	Abbruch und Neubau		2.488.780,80 €
51100900	Städtebauliche Sanierungsmaßnahmen	78710050	014	Städtebauliche Sanierungsmaßnahme Innenstadt Teil III - Umbau Postgasse 5		2.118.773,81 €
51100900	Städtebauliche Sanierungsmaßnahmen	78720020	014	Städtebauliche Sanierungsmaßnahme Innenstadt Teil III - Neubau Stadtbrücke mit Aufzügen und Treppen		1.066.710,74 €
51100900	Städtebauliche Sanierungsmaßnahmen	78720080	014	Städtebauliche Sanierungsmaßnahme Innenstadt Teil III - Neugestaltung Eduard-Breuninger-Straße, Dilleniusstraße und Am Schillerplatz I (Richtung Engelkreuzung)		856.010,50 €
55200000	Gewässerschutz / Öffentliche Gewässer / Wasserbauliche Anlagen	68110000	012	Investitionszuweisungen vom Land Hochwasserschutz Murr innerorts	2.674.200,00 €	
55200000	Gewässerschutz / Öffentliche Gewässer / Wasserbauliche Anlagen	78730010	012	Hochwasserschutz Murr innerorts Hochwasserschutz Murr innerorts		3.684.829,04 €

c. Ergebnishaushalt 2022

Im Ergebnishaushalt können Aufwendungen ausnahmsweise übertragen werden, wenn dies einer wirtschaftlichen und sparsamen Haushaltsführung dient. In der Regel sind davon einmalig geplante Aufwendungen betroffen sowie als übertragbar gekennzeichnete Konten wie die Etats der Schulleitungen für Lehr- und Unterrichtsmaterial, Lernmittel und Anschaffungen.

Wenn Erträge im Haushaltsjahr nicht mehr bei der Stadt eingehen und deren Eingang in Folgejahren als gesichert gilt (z.B. zugesicherte Zuschüsse), dann können diese noch offenen Erträge in das Folgejahr übertragen werden.

In Summe sollen im Ergebnishaushalt Aufwendungen in Höhe von 5.158.136,59 € (Vorjahr 2.494.232,52 €) sowie Erträge in Höhe von 557.238 € (Vorjahr 181.800 €) übertragen werden.

3. Fazit

Der veranschlagte Zahlungsmittelüberschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit verbessert sich um rund 14,3 Mio. € auf 17.393.000 €. Bei der Aufstellung des Haushalts 2023 wurde noch von einer Verbesserung in 2022 von etwa 9,5 Mio. € ausgegangen. Diese Verbesserung ist in den Haushalt 2023 bereits eingearbeitet. Nach Fertigstellung des Haushaltsplanentwurfs 2023 ist im November 2022 noch eine unerwartete Gewerbesteuernachzahlung eingegangen. Damit stehen in 2023 zusätzliche Finanzierungsmittel von 4,8 Mio. € zur Verfügung.

Die Verbesserung wird voraussichtlich zum Ausgleich von Baukostensteigerungen, Tarifierhöhungen und Steuer mindererträgen im Rahmen der Maisteuerschätzung benötigt. Es ergeben sich daher zum derzeitigen Zeitpunkt voraussichtlich keine zusätzlichen finanziellen Spielräume für die laufenden und zukünftig geplanten Investitionen.

beschließt

einstimmig:

1. Von der vorläufigen Jahresrechnung 2022 mit den genannten Eckdaten wird Kenntnis genommen. Die Beratung und Feststellung der Jahresrechnung 2022 erfolgt nach der örtlichen Prüfung durch das Rechnungsprüfungsamt.
2. Den im Jahr 2022 gebildeten Ermächtigungsüberträgen und deren Übertragung in das Jahr 2022 wird gemäß den Anlagen 1 und 2 wie folgt zugestimmt:
 - Finanzhaushalt 2022 (Auszahlungen) in Höhe von 23.628.018,02 €
 - Finanzhaushalt 2022 (Einzahlungen) in Höhe von 9.566.505 €
 - Ergebnishaushalt 2022 (Aufwendungen) in Höhe von 5.158.136,59 €
 - Ergebnishaushalt 2022 (Erträge) in Höhe von 557.238 €

Große Kreisstadt Backnang

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des Gemeinderates am 13. Juli 2023 -Öffentlich-	Anwesend: Oberbürgermeister Friedrich Erster Bürgermeister Setzer als Vorsitzender und 24 Stadträte; Normalzahl 26
--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

§ 63

Anfragen

Stadtrat Bauer merkt an, dass mehrere Ampeln für Fahrradfahrer nicht funktionieren. Hier müsse man bei Rot überfahren, wenn nicht parallel ein Auto komme. Häufig sei dies auch bei Motorrollern der Fall. Er nennt die betroffenen Straßenzüge und merkt an, dass man dies bereits seit längerer Zeit reklamiere. Außerdem merkt er an, dass an der Aspacher Brücke bereits Dampfblasen entstehen. Hier müsse man tätig werden.

Herr Kaltenleitner erläutert, dass diese Situationen bekannt seien. Dies sei auf die eingebauten Kontaktschleifen zurückzuführen, welche man nicht noch sensibler einstellen könne. Man müsse ähnlich wie bei neuen Ampeln eine Videodetektion einführen. Dies sei eine Schwachstelle, welche bereits bekannt sei.

Stadtrat Bauer merkt an, dass es dann hierfür einen Gemeinderatsbeschluss zur Modernisierung geben solle.

Herr Kaltenleitner merkt an, dass man nach Verbesserungen schauen werde. Zu den Dampfblasen berichtet er, dass man sich diese bereits mit der Firma angeschaut habe. Man werde dies weiterhin beobachten.

Erster Bürgermeister Setzer merkt an, dass man noch in der Gewährleistung sei. Den Unternehmer habe man darauf hingewiesen. Man wisse, wann die Gewährleistung ablaufe und werde dies weiterhin beobachten. Das Geld für die Aufrüstung der Ampelanlagen könne man in die Haushaltsplanung aufnehmen.

Stadtrat Dobler möchte wissen, ob die Haltestelle an der Grabenstraße tatsächlich erst ab 2025 bedienbar sei. Außerdem erkundigt er sich nach dem Mediationsprozess zur Grabenstraße.

Verwaltungsdezernent Mäule berichtet, dass man dies verwaltungsintern abstimmen werde. Man befinde sich jedoch in der Vorbereitung der Bündelausschreibung. Es sei bekannt

und man werde nach der Sommerpause auf das Gremium zukommen.

Der Vorsitzende merkt an, dass die Bündelausschreibung auch mit Stuttgart 21 in Verbindung stehe.

Stadtrat Malcher teilt mit, dass er sich wundere, dass heute kein Antrag der AfD-Fraktion zum Thema Blackout beantwortet wurde. Dies wurde ihm so zugesichert.

Frau Blumer berichtet, dass man gerne einen Zwischenbericht abgeben könne. Sie erläutert den Inhalt des Antrags und berichtet, dass die Stadtverwaltung, ähnlich wie Ludwigsburg, Informationen zusammenstellen möchte. Im Dezember habe man angekündigt, dass man dies mit Informationen zum Sirennennetz verbinden möchte. Die Sirenen seien bestellt, jedoch gäbe es Lieferschwierigkeiten. Auch die Handwerker seien beauftragt und die Logistik wäre soweit. Man möchte von dem vorgeschlagenen Plan abweichen und weitere Informationen ausstellen. Man sei in der finalen Zusammenstellung von Notfall-Treffpunkten. Ebenfalls wolle man auch Handreichungen ausgeben. Man habe bereits eine interne Struktur überarbeitet, ein Satelliten-Telefon beschafft und sich intern abgestimmt. Dies müsse man nun noch medial streuen. Die Zuwendungen zum Sirennennetz seien aufgrund der Lieferschwierigkeiten nicht gefährdet.